

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Gertrud Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erstmal: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilhelm Probst, Schierstein.

Gertrud Nr. 584

Nr. 33.

Donnerstag, den 18. März 1920.

28. Jahrgang

Armée Française du Rhin District de Wiesbaden.
Cercle de Wiesbaden (Campagne)

Bekanntmachung.

Gemäß einer Verfügung der Hohen Interalliierten Kommission ist die Einfuhr im besetzten Gebiet der Zeitungen „Simplissimus“ und „Kladderadatsch“ für einen Zeitraum vom 1. Monat, vom 15. März ab, verboten.

Le Commandant de Juvigny,
Rechtsdelegierter der Hohen Interalliierten Rheinland-Kommission für den Landkreis Wiesbaden.

Der Berliner Putsch Der Höhepunkt der Krise.

Berlin, 16. März.
Auf Grund der im Reichstage geführten Verhandlungen hatten Rapp und General v. Lüttich, dieser noch längerem Schwanken, ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt und die Regierung an den Vizekanzler Schiffer übergeben und General Hülse hatte im Namen der rechtsmännigen Regierung die Führung der Truppen übernommen. Vorher waren die Unabhängigen Dr. Cohn und Baumig in der Reichstanzlei erschienen und hatten im Interesse der von ihnen in den Arbeiterkammern ausgerufenen Räterepublik ein Ultimatum überreicht, daß sie, wenn nicht bis 9 Uhr abends die Truppen zurückgezogen würden, mit den bewaffneten Arbeitern zum Angriff schreiten würden. Wesentlich unter dem Eindruck dieser Erklärung sind Rapp und Lüttich wieder anderen Sinnes geworden und haben Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an.

Tatsächlich hören wir, daß die Arbeiter in Weiden, Heidenberg und Spandau sich bewaffnet haben und blutige Ereignisse zu erwarten sind.

Die Lage in Berlin hat sich nach Berichten aus Stuttgart erheblich verschärft. Die Parteinähe, mit der die militärischen Putschisten und die Leute, die Herr Rapp zur Durchsetzung seiner verbrecherischen Pläne gebrauchen zu können, in deren Hand er aber rasch zum armseligen Werkzeug geworden ist, ihre verlorene Position mit allen Mitteln zu halten suchen, hat dort die Erbitterung des Volkes aufs höchste gesteigert, so daß die Gefahr einer erneuten blutigen Kampfes naheliegender scheint. In dieser furchtbaren Lage versuchen die eifrigen Militärs, sich der in Stuttgart weilenden rechtsmännigen Regierung anzubieten unter der Parole, daß es gelte, den Kampf gegen den Bolschewismus in gemeinsamer Front zu führen. Es läßt sich von hier aus nicht übersehen, aus welchen Kreisen und Elementen die kompromittierten Massen in Berlin sich zusammenfinden, ob es wirklich nur Kommunisten und Sozialisten sind, gegen die die bis jetzt angeworbenen Militärs jetzt die Reichsregierung mit aufrufen, oder die organisierte Arbeitermacht, die sich das Regiment der eifrigen Militärs nicht länger lassen will; ein sicheres Urteil ist im Augenblick um so weniger zu gewinnen, als die Beziehungen zwischen Berlin und Stuttgart von der mit Rühmchen überwachungsstelle in Berlin abgeschnitten werden, noch bevor sie zu Ende geführt werden können. Es hat den Anschein, daß die Berliner Putschisten unter sich uneinig und in zwei Lager getrennt sind. Die einen, die die Reichsregierung gerne wieder in das alte verfassungsmäßige Verhältnis treten möchten, daß sie durch ihren Eidschwur freudig versichert haben, können sich der Hoffnung hingeben, damit das ungeheure Verbrechen, das sie damit auf sich geladen haben, vergessen zu können. Die Regierung muß aber auf dem letzten Standpunkt stehen, den sie zwischen ihren Verrätern und sich gezogen hat, beharren und die Verbrecher zur Rechenschaft ziehen.

Korrespondierende Radikalisierung.

An der Gesamtlage hat sich in Berlin im Laufe des Tages äußerlich nichts geändert. Die Verhältnisse, das Straßenbild wird durch das Militär beherrscht. Die Marinebrigade marschiert heute nachmittag wieder mit der Marineflagge durch die Straßen. Außerdem fahren dunkel gepanzerte, mit Panzerwagen, mit Maschinengewehren und Mannschaften durch die verschiedenen Stadtviertel. Die Stimmung der Berliner Bevölkerung, die zunächst stumpf und gleichgültig war, wird nunmehr mehr und mehr lebendig. Die Verhältnisse mehrten sich. Vieles kann man beobachten, daß die Panzerwagen halten, wenn aus der Menne

heraus eine abfällige Äußerung fällt, und dann wird zur Verhaftung geschritten.

Die Parteien.

Um zu dokumentieren, daß sie sich mit der neuen Regierung nicht ohne weiteres identifizieren, haben die Deutsch-Nationalen beschlossen, jedem Mitglied, das in der Regierung Rapp ein Amt übernimmt, zu raten, aus der Partei auszutreten.

Die Jugendlichen.

Die jetzt in Berlin im Gange befindliche Bewegung zeigt, was inzwischen mit der fortgeschrittenen Politisierung der Jugend für eine Wirkung erzielt ist. Überall steht man jugendliche Gestalten, die zum Teil noch die Schülermütze tragen, bei den Einwohnervorträgen wie bei der technischen Rathilfe wie bei den Propagandaredevern an den Straßenecken. Die letzteren, wenn sie auch keine Autorität haben, verfügen wenigstens über das in diesen Zeiten nötige Selbstvertrauen. Sie gehören zum Teil den deutschen nationalen Jugendverbänden an, die besonders in den westlichen Vororten eine Rolle spielen. Die Jugend hat sich eben heute daran gewöhnt auf die Straße zu gehen, um Politik zu machen. Unterstützt wird dieses ganze Treiben dadurch, daß alle Schulen von Berlin geschlossen sind. Auch die Universität ist geschlossen, ebenso die Technische Hochschule. Ein Parteiversteck in die Berliner Universität einzubringen, was ihm nicht gelang, zum Zeichen seiner Mißbilligung zertrümmerte er wenigstens einige Fensterscheiben. Die Schließung der Universität ist auf gemeinsamen Beschluß des Studentenausschusses und des Akademischen Senats geschehen. Die erregte Stimmung der Arbeiterschaft gegen alle Arten von akademischen Würgern kam bei den Unruhen und Aufrufen in Schöneberg zum Ausdruck.

Die Reichsregierung und die Rebellen.

Dienstag nachmittag um 5 Uhr fand unter dem Vorsitz von Ebert ein Ministerialrat statt, zu dem auch Vertreter von Preußen, Württemberg, Baden und Hessen erschienen waren. Es nahmen an der Sitzung teil: Reichskanzler Bauer, Köstle, Müller, Koch David und Bell; von Preußen: Heine und Braun; von Württemberg: Hegmann; von Baden: Geiß, Birtz und Räder; von Hessen: Ulrich, Brentano und Henrich; ferner die Präsidenten der Nationalversammlung Jochenbach und Kaufmann.

General Mäcker, der auf eigene Faust zu Rapp und Lüttich gefahren und nun nach Stuttgart gekommen war, um der Reichsregierung Vortrag über seine Berliner Eindrücke zu halten, betonte ausdrücklich, daß er nicht als Unterhändler komme; er wolle nur angeht die fürchterlichen Lage, in die Deutschland durch den Berliner Putsch geraten sei, zu gewissen Zugeständnissen raten, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden. Das Kabinett erklärte nachdrücklich und einstimmig, daß von Verhandlungen irgendwelcher Art oder von einem Kompromiß mit den Berliner Rebellen keine Rede sein könne.

Die Reichsregierung fordert: sofortigen bedingungslosen Rücktritt Rapps, Lüttichs und der übrigen neuen Männer Unterstellung der Truppen unter einen General, der in keiner Weise an der Revolte beteiligt war und auf dem Boden der Verfassung steht; sofortiges Abstoppen der Aufstellung der „Eiseren Division“ und der Offizierskompanien; Abtransport der Marinebrigade von Berlin und Auflösung unter einem neuen Befehlshaber.

Keine Verhandlungen.

Die Prehabteilung des württembergischen Staatsministeriums hat folgende Mitteilung ausgesprochen: Nach Zeitungsmeldungen hat die Regierung Rapp der Reichsregierung angeboten, zurückzutreten und die Gewalt, soweit sie in ihrer Hand ist, an den Reichspräsidenten zurückzugeben, wenn binnen zwei Monaten die Neuwahlen erfolgen. Hierzu ist zu bemerken, daß es die politische Lage wohl ganz von selbst erforderlich machen wird, sobald die Ordnung wieder hergestellt ist, zu Neuwahlen zu schreiten. Die Regierung lehnte es aber für jeden Fall ganz entschieden ab, sich mit dem Staatsfeind Rapp darüber in irgendeiner Form anzusehen.

Die Reichsregierung an das besetzte Gebiet.

Stuttgart 16. März.

Die Reichsregierung wendet sich an die besetzten Gebiete mit folgendem Aufruf:

An unsere deutschen Landsleute in den besetzten Gebieten!

Ein Schrei der Entrüstung geht durch das deutsche Volk. Aus allen Reichsteilen nicht ausnahmslos, den be-

setzten Gebieten, gehen stündlich der Reichsregierung zahlreiche Vertrauensurkunden zu, verbunden mit der entschiedenen Aufforderung zu schärfstem Vorgehen gegen die hochverräterischen Berliner Putschisten. Die Reichsregierung ist sich der Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber in volstem Maße bewußt. Sie wird die Reichsverfassung zu schützen wissen gegen die gewissenlosen Umtriebe einer kriegsbeherischen Clique die ihre reaktionären Absichten hinter leeren Versprechungen zu verbergen sucht. Die Tage der Umstürze sind gezählt. Sie gehen ihre Sache verloren. Darum suchen sie noch in letzter Stunde Verhandlungen mit der Reichsregierung anzuknüpfen. Auf Verhandlungen mit diesen Hochverrättern und meißeligen Offizieren darf und wird sich die Regierung nicht einlassen. Nur bedingungslose Unterwerfung der sich auflehnten gegen die Reichsverfassung und Reichsregierung, kann die Staatsautorität wieder herstellen und die Entrüstung dämpfen, die sich wie ein Sturm erhoben hat gegen die anmaßende Clique, die noch immer nicht gelernt und nichts verstanden hat. Dann werden auch die abtrünnig gewordenen Teile der Reichswehr zur Einsicht kommen und sich abwenden von ihren gewisslosen Führern. Inzwischen machen die Aufrechter der verzweifelte Rettungsversuche. Dazu gehört, bei den Einwohnern der besetzten Gebiete Boden zu gewinnen, die Behauptung, daß die Entente ihre Bestrebungen unterstütze. Das Gegenteil ist wahr. Mit unzweideutiger Entschiedenheit nimmt die Entente Stellung gegen die Militaristen und Berliner Gewaltpolitiker. Die Reichsregierung ist der unerwünschten Überzeugung, daß auch weiterhin im Verhältnis zu den Bewohnern der besetzten Gebiete der Wahlspruch sein wird: Treue um Treue. Darum wollen wir zusammenstehen, um uns den durch die Aufrechter schwer gefährdeten Bestand und die Einheit unseres geliebten Vaterlandes zu bewahren.

Der Reichspräsident Ebert.

Die Reichsregierung: Bauer, Bell, David, Geßler, Gieberts, Koch, Müller.

Rapp zurückgetreten.

Vom preussischen Arbeitsminister Defert ist am Mittwoch folgendes Telegramm an die Herren Präsidenten der Eisenbahndirektionen eingelaufen:

Die Regierung Rapp ist zurückgetreten. Ordnung im Betrieb und Zugverkehr läßt sich nur aufrecht erhalten und Lebensmittelförderung usw. nur sicherstellen, wennzüge in möglichst großem Umfang nach Fahrplandiensteinteilung und sonstigem Zubehör gefahren werden. Unterscheidung zwischen Lebensmitteln, Kohlen und anderen Gütern ebenso wenig möglich, wie zwischen Arbeiter- und Personalgütern. Um Lebensmittelförderung nicht weiter zu gefährden, ist deshalb Wiederaufnahme des Zugverkehrs in vollem Umfang nötig. Es erkenne diesen Gewaltakt nicht an. Es betrachte ihn als ein Verbrechen, das den eben wieder beginnenden und in seinen Anfängen zu erkennenden Wiederaufbau zunichte gemacht habe. Die USV hat sich, entgegen den Behauptungen der derzeitigen Regierung, auf keinerlei Unterhandlungen eingelassen sondern ist im Einvernehmen mit der RPD einmütig zum Generalstreik entschlossen.

Die Nationalversammlung.

Die Einberufung der Nationalversammlung nach Stuttgart ist als rückgängig gemacht anzusehen. Die Tagung soll in Berlin stattfinden, wenn es den Abgeordneten eben durch die Verkehrsverhältnisse nicht unmöglich gemacht wird, nach Berlin zu reisen. Durch den Generalstreik wird aber die Reise nach Berlin nicht möglich sein. Die Meldung stammt aus Kreisen der Mehrheitsparteien, die sich darüber verständigt haben, daß die Tagung in Berlin stattfinden soll. Jochenbach soll von dieser Sachlage unterrichtet werden. Eine andere Meldung aus Stuttgart besagt dagegen, daß die Nationalversammlung am 17. März in Stuttgart zusammentreten wird.

Reichskommissar v. Stard.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Köln hatte an Reichskommissar von Stark in Koblenz folgendes Telegramm gesandt:

Vertrauensleute der christlichen Arbeiterschaft Köln bekunden soeben in großer Versammlung schärfste Verurteilung des Berliner Putsches, trennen der verfassungsmäßigen Regierung. Staatliche und kommunale Behörden müssen sich dieser Auffassung anschließen.

Darauf hat der Reichskommissar von Stark folgende Antwort telegraphiert:

Kartell der christlichen Gewerkschaften-Köln. Verurteile mit Ihnen aufs schärfste den Berliner Putsch und bin sicher, daß die Behörden und die Bevölkerung des besetzten Gebietes trenn zu der verfassungs-

mäßigen Regierung hatten werden.

Reichskommissar v. Starck.

Vermögensentziehung für Hochverrat.

Im Reichsministerium des Innern wird ein Gesetzentwurf ausgearbeitet, wonach Hochverrat außer mit den jetzigen Strafen auch mit einer gänzlichen oder teilweisen Entziehung des Vermögens zu bestrafen ist. Es ist in Aussicht genommen, das Gesetz mit rückwirkender Kraft auf den 15. März auszustatten.

Kapp.

Wolfgang Kapp war von 1886—1890 Hilfsarbeiter im preussischen Finanzministerium, von 1891 bis 1899 Landrat des Kreises Guben und Reichshauptmann, von 1900—1906 Vortragender Rat im Ministerium für Landwirtschaft und zwar in der Abteilung für Verwaltung der landwirtschaftlichen und Gutsangelegenheiten, sowie Kommissar des kgl. preussischen Landwirtschaftsministeriums beim Abschluß der Handelsverträge, seit 1906 Generaldirektor der Ostpreussischen Landwirtschaft. Sein Wohnsitz ist Königsberg. Im zweiten Reichskriegsjahr hatte er den scharfen Zusammenstoß mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, dem er in einer bedeutsamen Denkschrift seine diplomatischen Fehler nachwies. Herr von Bethmann Hollweg nahm diese Schrift Kapps zum Anlaß, im Reichstage einen heftigen Angriff gegen die Konserwativen zu richten. Später beteiligte sich Kapp an der Gründung der Vaterlandspartei.

Die Lage in Bayern.

Für die Lage in München ist eine von dem Regierungskommissar v. Kahr und dem Staatskommissar General v. Moell erlassene Bekanntmachung bezeichnend, die sich gegen die Auffassung wendet, daß die Uebertragung der Geschäfte des Staatskommissars auf den Oberbefehlshaber der Reichswehr mit einer Militärdiktatur gleichbedeutend oder gar durch den Oberbefehlshaber gewalttätig angemaßt worden sei. Diese Auffassung, die auch als Grund zum Generalkriegsdienste, sei hinfallig. Es wird ausdrücklich erklärt, daß die Uebertragung der Geschäfte des Staatskommissars und des Regierungskommissars durch den Ministerrat in geschäftlicher Weise erfolgt sei und daher von einer Militärdiktatur oder gar von einer gewalttätigen Annahme der Befugnisse keine Rede sein könne.

Neue Regierung.

Das neue bayerische Kabinett ist in Bildung begriffen. Der Eintritt Dr. Heim, der die ganze Ernennung unter sich hat, ist sehr wahrscheinlich. Das Ministerium ist Herr der Lage. Gas- und Wasserwerke, Post und Eisenbahn sind in Betrieb.

Aus Mecklenburg.

Die ehemalige mecklenburgische Regierung hat folgende Erklärung abgegeben und unterschrieben: Um unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, erklärt sich die unterzeichnete mecklenburgische Regierung bereit, zurückzutreten und sich jeder Art von Regierungstätigkeit zu enthalten.

Generalkrieg.

Von der Presseabteilung des Reichskanzlers wurde die Auffassung über den Generalkrieg folgendermaßen präzisiert: Es soll überall da, wo die Gegenrevolutionäre die Macht in Händen haben, der Generalkrieg mit aller Schärfe durchgeführt werden. Dagegen liege dort, wo die Männer der alten Regierung die Macht haben, eine Notwendigkeit für den Generalkrieg nicht vor.

Wie der „Leipziger Zeitung“ aus Bitterfeld berichtet wird, hat das Großkraftwerk bei Tschornowitz, das die Reichshauptstadt versorgt, den Betrieb eingestellt. Der Anschluß der Arbeiterschaft vollzog sich mit Zustimmung aller bürgerlichen Parteien. Dadurch ist Berlin im wesentlichen ohne Licht. Der Betrieb des Werkes soll so lange ruhen, als die Militärvolte nicht zusammengebrochen ist.

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Bauer gab nach seiner Ankunft in Stuttgart Bericht der Presse Erklärungen über die Auffassung der Reichsregierung. Diese habe es, um unnötiges Blutvergießen zu verhindern, für richtig ge-

halten, vorläufig dem Kampf auszuweichen. In Dresden habe sich die Reichsregierung sofort mit den Regierungen der anderen Länder und dem Präsidenten der Nationalversammlung in Verbindung gesetzt. Diese hätten sich in ihrer großen Mehrheit auf die Seite der verfassungsmäßigen Regierung gestellt. Es sei überall Reue zu weit ausgebreiteten Generalkrieg vor- handen. Die Regierung hat dazu nicht aufgerufen. Sie sei in ihrer Gesamtheit der Meinung, daß, wenn nichts anderes übrig bleiben sollte, allerdings zur Abwehr der Unsturzgewalt auch der Generalkrieg zur Anwendung kommen müsse. Die Situation sei aber für die Staats- streiche schon so wenig hoffnungsvoll aus, daß ein so starkes Mittel kaum angewendet zu werden brauche. In allen deutschen Ländern, auch in Preußen, rüsteten sich gewaltige Kräfte zur Gegenwehr. Dazu komme, daß der militärische Staatsstreich nicht ausreichend vorbereitet gewesen sei. Durch den Erlaß der Lastbefehle gegen die Führer seien diese früher zum Losschlagen genötigt gewesen, als es in ihrer Absicht gelegen habe. Erhebliche Kontingente der Reichswehr seien nicht willens, den Unsturz mitzumachen. Der Reichskanzler schilderte dann die verhängnisvollen Folgen des Putsches. Er teilte mit, daß eine der wichtigsten Forderungen des General v. Lüttich an die Reichsregierung gewesen sei, die Reichswehr nicht weiter abzubauen, sondern im Gegenteil die militärischen Rüstungen zu erweitern, die Ablieferung und Vernichtung der Waffen einzustellen und sich für einen neuen Krieg zur Verfügung zu stellen. Der Reichskanzler betonte, daß das Ausmaß über die Bedeutung der Militärvolte unterrichtet sei, und es werde nicht lange dauern, bis man mit einer Intervention rechnen könne. Es sei nicht anzunehmen, daß sich die Entente mit Herrn Kapp in Verhandlungen einlasse. Der deutsche Geschäftsträger in Paris habe mitgeteilt, daß Kapp und angesehene Leute eine direkte Leitung nach Stuttgart zu legen, damit er die Verbindung mit der verfassungsmäßigen Reichsregierung aufrechterhalten könne. Der Reichskanzler widerlegte auch einige irreführende Meldungen aus dem Kappischen Hauptquartier. Die Reichsregierung habe zum Beispiel von dem Oberpräsidenten Böttig, der sich angeblich der Regierung Kapp zur Verfügung gestellt habe, ein Telegramm erhalten, worin dieser lediglich eine Verständigung und Bildung einer gemeinsamen Koalitionsregierung empfahl, da bei dem Streite das isolierte Ostpreußen am schwersten zu leiden habe. Es werde Aufgabe der Nationalversammlung und der Reichsregierung sein, die entsprechenden Maßnahmen in die Wege zu leiten. Der Reichskanzler erklärte schließlich, daß mit aller Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen vorgegangen werde, die sich in den Dienst des Staatsstreiches gestellt und mit ihnen gemeinsam hochverräterische Handlungen begangen hätten.

Die Lage in Bayern.

Zum bayerischen Ministerpräsidenten wurde in den bayerischen Landtag der Regierungspräsident von Oberbayern und gegenwärtige Regierungs- kommissar Staatsrat Dr. v. Kahr gewählt. Bei Eintritt in die Tagesordnung brachte der Fraktionsvorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Speck, Staatsrat v. Kahr in Vorschlag. Die Namenliste Abstimmung ergab 92 Stimmen für Kahr; 42 Zettel waren unbeschieden. Da der Landtag 180 Abgeordnete zählt und die Wahl des Ministerpräsidenten mit mehr als der Hälfte der Gesamtstimmzahl erfolgen muß, hat Dr. v. Kahr eine Stimme über die erforderliche Mindestzahl erhalten. Die weißen Zettel wurden durchweg von sozialdemokratischer Seite abgegeben; die Demokraten hatten, obwohl sich in ihren Reihen gleichfalls lebhaftes Bedenken gegen die Kandidatur geltend machten, beschlossen für Kahr zu stimmen, um ein Ergebnis herbeizuführen.

Nach der Abstimmung nahm Dr. v. Kahr das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß er das Opfer der Annahme seines neuen Amtes nur mit Rücksicht auf den schweren Ernst der Zeit bringe. Wäher habe er sich vom politischen Leben ferngehalten. Er betrachte sich als den Treuhänder des souveränen Volkes für die kurze Uebergangszeit bis zur Neuwahl des Landtages. Er werde entschieden an der Reichs- und Landesverfassung festhalten und für die schnelle Erledigung des Wahlganges eintreten, sowie für eine baldige Durchführung der Wahl und strenge Sicherung der Wahlfreiheit.

Seine vornehmste Aufgabe betrachte er den Schutz von Leben, Ruhe und Arbeit als die wichtigsten Grundgesetze des staatlichen Wiederaufbaus. Die Ernährungsfrage liege ihm ganz besonders am Herzen; darum gelte der Kampf in erster Linie dem Schieber, Schleichhändler und Bucherwieser und den Ausschreitungen der Schlemmerei. Sodann stünde Dr. v. Kahr strenge Maßnahmen zur Verminderung der Einwanderung von fremden Elementen an. Ein weiteres Programm liege ihm Augenblick nicht vor. Dagegen versichere er, niemals, daß er das ihm übertragene Amt solange besteuern werde, bis er es in andere Hände legen dürfe. Die Ansprache wurde von der Rechten mit wiederholten Beifallsrundungen aufgenommen.

Das neue Kabinett.

Die neue bayerische Regierung weist nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten folgende Zusammensetzung auf: Das Zentrum erhält vier Ministerposten: das Innere mit dem Ministerpräsidenten von Kahr; Außenministerialrat Dr. Moell; Finanzen: der gegenwärtige Finanzminister Koller; Soziales: neu besetzt mit dem christlichen Gewerkschaftsführer Oswald. Die Demokraten behalten Justiz und Handel mit den bisherigen Ministern Dr. Müller-Meinungen und Dr. Samm. Das Landwirtschaftsministerium geht an den bauerndemokratischen Abgeordneten Wulz über. Das Verkehrsministerium, das demnachst aufgelassen wird, verbleibt bei dem seiner Partei angehörigen Herrn v. Trauenhofer.

Das Ende des Putsches.

Der Reichsjustizminister Schiffer, der in Berlin geblieben war, hat bis zum Eintreffen der Regierung in Stuttgart die Führung der Geschäfte des Reichskanzlers übernommen. Ueber den Rücktritt Kapps veröffentlichte folgende Mitteilung:

Generallandtagsdirektor Kapp ist, um den inneren Frieden herbeizuführen, zurückgetreten. Aus dem gleichen Grunde hat General v. Lüttich sein Abschiedsgesuch gereicht. Der stellvertretende Reichskanzler hat im Namen des Reichspräsidenten den Abschied bewilligt und mit einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte den Generalmajor v. Seckl beauftragt. Zwischen führenden Mitgliedern der Mehrheitsparteien, der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei besteht Uebereinstimmung über folgende Punkte: 1. Die Wahlen zum Reichspresidium im Juni stattfinden; 2. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt nach Maßgabe der Reichsverfassung durch das Volk; 3. eine alsbaldige Umbildung der Regierung wird für erforderlich gehalten.

In einer späteren Nachricht heißt es:

Berlin, 17. März. Der Aufstand ist zusammengebrochen! Der verfassungsmäßige Zustand ist hergestellt! Bedingungslos hat Herr Kapp das ihm angetragene Amt des Reichskanzlers aufgegeben! Die Reichsregierung ist im vollen Besitz ihrer vom Volk bestimmten Rechte! Die Führung der Truppen ist General von Seckl übertragen worden. Die einmütige und unerschütterliche Einheitsfront des deutschen Volkes hat es vermocht, die ungeheure Schädigung des deutschen Volkes und des Wirtschaftslebens in wenigen Tagen auszuheilen. Allen Schichten der Bevölkerung, die der Verteidigung der Demokratie treu zusammenstehen und dadurch die rasche Wiedertehr des verfassungsmäßigen Zustandes ermöglicht haben, drückt die Regierung ihren Dank aus. Der dem deutschen Volk nach außen wie nach innen zugefügte Schaden ist absehbar. Das Wirtschaftsleben ist neu schwer erschüttert worden. Um seinen vollkommenen Zusammenbruch dadurch der Volksgeheimtheit zu verhüten, ruft das Volkswillen geschaffene und getragene Reichsreg-

Jolanda und Salomea.

Roman von Erich Griese.

Schlus.

Abgestoßen der Haß wie ein böses Fieber; weggetrieben der Groll gleich einem wilden Schmutzflut; befeuert der lodernde Zorn; demütigt geworden der sich blühende Stolz. Alles, woran das Herz rosigartig zerfressen wurde — plötzlich verschwunden, und es ist in solchem Wehmoment, als jubelnden Engel in überglühenden Flügeln und sonnig- strahlenden Gewändern oben in den Gefilden des Himmels.

Wieder sind Monate vergangen. Der leuchtende Frühling rüft sich zum Ginzug in Rom.

Goldener Sonnenschein hingebreitet über die ewige Stadt. Die ganze Natur wie in glückseligem Wogen, erwartend den Wellenschlag des hereinbrechenden Lenzes.

Auch in dem Palazzo Bonmartino auf dem Corso Umberto hinweggeweht die dumpfe Trauerstimmung. Zwar jubeln noch nicht wie ehemals frohes Lachen und Scherzen, Singen und Tanzen durch die alleherwürdigen Räume; aber Herzentrösten ist wieder eingezogen.

Von dem Marchese Bernarbo hat man nichts mehr gehört. Niemand weiß: existiert er noch? Hat die wohlverdiente Strafe ihn ereilt? Hat er bereut? Oder lebt er sein schuldbeladenes Leben drüben in der neuen Welt weiter — ohne Furcht vor einem plötzlich hereinbrechenden Gottesgericht?

Der alte Marchese Umberto, dessen Leben nur noch an einem Fädchen zu hängen schien, erholte sich zusehends, nachdem die Last von seinem Gewissen geschwunden und seine Schwelger ihm verglichen. Das arme, kranke Herz klopfte wieder regelmäßiger und kräftiger.

Alt sein Barvermögen, sowie die gesamten Einkünfte des Bonmartinos, „Gehobener Bonmartino“ hat er auf seine

„Schwester Salomea Belloni“ übertragen lassen — trotz ihres Sträubens. Nur eine ganz geringe Summe behielt er für sich und seine Tochter zum notdürftigen Lebensunterhalt.

Doch weigert Salomea sich aufs entschiedenste, in den alten Palazzo als ihr Eigentum einzuzugreifen. Die Pracht der glänzenden Räume drückt sie. Draußen vor der Porta Pia, in kleinen, lodernden Wäldchen, sonnig- strahlend „Villa Fortuna“, welche die Güte des braven Onkels Paolo ihr geschenkt — dort will sie hausen, nicht in dem düstern, hohen Palast.

Das Wiedersehen zwischen dem Marchese Umberto und dem Südafrikaner gestaltete sich überaus merkwürdig.

Mit dem festen Vorsatz, sich zu versöhnen, begegneten sie einander. Als die beiden Männer sich jedoch gegenüber- standen — da brach nochmals der alte Haß mit voller Macht los.

„Nichtswürdiger, du wolltest meinen Vater töten!“ mischte der Marchese mit auflodernder Lebenskraft, indem er die zitternde Hand wie zum Schlage hob.

„Mörder meiner Schwester!“ wüthete der rosigbärtige Hüne und wollte sich auf den andern stürzen.

Doch Salomea und Jolanda, die angstvollen Herzen dem ersten Begegnen der beiden früheren Feinde beizuwenden, besänftigten die aufstochenden Jörnswellen, bis beide Männer einander schließlich die Hand reichten — Paolo Rosso freilich vorerst mit abgewandtem Gesicht und leisem Anzucken.

Selbst beginnen sie, sich aneinander zu gewöhnen — ja der noch immer leidende Marchese freut sich förmlich auf die geküßte Stunde, in der allwöchentlich der brave Südafrikaner in seiner ungenierten, polternden Art und Weise im Palazzo Bonmartino von seinen Erlebnissen und Erfahrungen in den Goldminen Transvaals erzählt.

So sind scheinbar in den Palazzo Bonmartino wieder Glück und Zufriedenheit eingezogen.

Aber auch nur scheinbar. Jolanda ist es, deren Herz schmerzhaft kranke, obgleich sie dem Vater stets ein frohes Gesicht zeigt.

So lange der geliebte Vater tobsüchtig war, so lange sie Tag und Nacht um ihn besorgt sein mußte — da hatte sie

keine Zeit zum Nachdenken.

Aber jetzt, da alles seinen alten gewohnten Weg genommen hat, kommt es ihr so recht mit ganzer Macht zum Bewußtsein, was sie am Vittorio Graziano verloren.

Niemand ahnt den geheimen Kummer der jungen Jolanda — niemand, außer Salomea. Sie weiß, woher tiefsten Schatten unter den ehemals so lachenden Augen kommen, weiß, warum die früher rosigten Wangen jetzt so bleich erscheinen.

Und ihr im Glanz doppelt empfindendes Herz beschließt einen Gewaltstreich auszuführen, um die — sie ist sicher — einander noch immer tief und innig liebenden wieder zu vereinen.

Sie schreibt ein paar kurze Zeilen an den jungen Staatsanwalt unter seiner früheren Adresse, in denen sie in der wichtigsten Angelegenheit um seinen Besuch bittet. Schon nach mehreren Tagen kommt Antwort — aus Florenz, Vittorio hat sich versehen lassen — vielleicht um die zugefügte Kränkung eher zu vergessen, vielleicht auch, um sein Gewissen von Rom wegzurufen, sein Gewissen, welches ihn beständig mahnt, daß er ein vor vielen Jahren begangenes Verbrechen nicht zur Anzeige bringt und seine Pflicht verleiht.

Salomea ist tief betrübt. Vittorio Graziano nicht in Rom! Also — ein Wiedersehen zwischen ihm und Jolanda und eine vielleicht erlösende Aussprache — verflucht das Schicksal!

Da kommt ihr der Zufall zu Hilfe. Bei einer Spazierfahrt durch den Park der Villa Bonmartino sieht sie auf einer Bank einen Herrn sitzen, der sehr ähnlich; nur erscheint er ihr älter, magerer.

Sofort läßt sie den Wagen halten.

Sie hat sich nicht getäuscht. Es ist der junge Staatsanwalt, der sich beruflich für einige Tage in der ewigen Stadt aufhält.

Mit der ihr eigenen geraden Offenheit steuert sie fort auf ihr Ziel los.

Doch der junge Staatsanwalt will nichts von dem Gesprächsthema wissen. Selbst, als Salomea ausbreitet, überzeugt, Jolanda habe ihren ehemaligen Bedränger nicht da, lehnt er sich ab.

Die gesamte deutsche Volk zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Stellvertreter des Reichstanzlers: gez. Schiffer.

Die Lage in Berlin.

Berlin, 17. März. Die nervöse Stimmung in Berlin hat eine kleine Entspannung erfahren, nachdem bekannt geworden war, daß Rapp zurückgetreten ist und eine Einheitsaktion gegen den drohenden Kommunismus beabsichtigt ist. Unter der ruhigen Bevölkerung herrscht eine sehr trübe Auffassung von der Lage. An vielen Stellen der Stadt ist es zu Zusammenstößen zwischen der Reichswehr und dem Pöbel gekommen, die mehrere Tote und zahlreiche Verwundete kosteten. An der Albert-Löwe wurde ein Oberleutnant von der Menge ins Gesicht mit einem Stein geworfen und mußte erkranken. Nachmittags wurde das Gerücht auf, daß in Reinickendorf, Weißensee und Spandau sowie anderen Vororten sich bewaffnete Kommunisten sammelten, welche die öffentlichen Gebäude in Berlin stürmen und besetzen sollten. Abends war die Stadt wie seit mehreren Tagen wieder in Dunkel gehüllt.

Merke! Nachrichten.

Die Lage im Industriegebiet.

Wie aus Dortmund gemeldet wird, ist das ganze Ruhrgebiet in den Händen der Arbeiterschaft, die hinter der verfassungsmäßigen Regierung steht. Der kommandierende General des dortigen Wehrkreiskommandos hat sich dem Reichskommissar Sövering durch Handschlag verpflichtet, die rechtmäßige Regierung zu unterstützen und zu schützen. Die Bergarbeiterverbände haben gemeinsam mit dem Gewerkschaftsbund beschlossen, Berlin und die anstehenden Landesteile nicht mehr mit Kohlen zu versorgen, solange sie in den Händen der Bolschewiken sind. General Watter hat den Regierungspräsidenten Köhnert im Amt zu verbleiben.

Zur Kaiserfrage.

„Daily Express“ schreibt, die Alliierten seien zu der Forderung berechtigt, daß weder der vormalige deutsche Kaiser noch der vormalige deutsche Kronprinz wieder den deutschen Thron bestiegen dürften. Vielmehr seien sie willens, auf die Wahrung der Hollands zu sehen. „Daily Chronicle“ sagt, die Lage in Deutschland rechtfertige die Erneuerung des Versuches der Alliierten, daß Holland den vormaligen deutschen Kaiser wirksamer daran hindere, Unheil anzustiften. Es gebe keine Entschädigung dafür, daß Holland ihn weiterhin so nahe der deutschen Grenze wohnen lasse und ihm so viel Freiheit gelasse, um mit seinen Anhängern auf deutschem Boden zu verkehren und zu intrigieren.

Nach dem „Nieuwen Rotterdamschen Courant“ melde die „Associated Press“, daß weder der vormalige Kaiser noch der Kronprinz etwas mit der Bewegung in Deutschland zu tun habe.

Ergebnis, daß auch bei der neuen postalischen Belastung gestaffelte Unterschiede gemacht werden müssen, die vielleicht in folgendem Vorschlag ihre Erledigung finden können:

Inhaber eines Telefons sollten in großen Städten mit einem Höchstsatz von M. 500.— belastet werden. Inhaber von mehreren Anschlüssen sollten für das erste Telefon M. 500.—
" " zweite " " 1000.—
" " dritte " " 1500.—

usw. zu bezahlen haben. Die Erhöhung für Nebenleitungen sollte auf 50% der jetzigen Vorlage bemessen werden. Mit dieser Maßnahme werden dann in erster Linie diejenigen Betriebe belastet, welche durch die Aufrechterhaltung von mehreren Telefonleitungen ohnehin als leistungsfähiger anzusehen sind und damit auch in der Regel über ein höheres Verdienstmäß zu verfügen vermögen. Kleingewerbetreibende, freie Berufe und andere Telefonnutznehmer, welche in der Regel einem Großbetriebe bezügl. ihrer Leistungen kaum gleichzustellen sind, würden damit gerechterweise geschont, ohne daß letzten Endes die Post nennenswerte Einbuße geldlicher Art zu erleiden hätte. In gleicher Weise sollte auch die Darlehensgebung an die Post geregelt werden. Es geht nicht an, bei dem ohnehin geringen Stand an liquiden Mitteln den kleineren Betrieben eine weitere Entziehung von M. 1000.— für jeden Anschluß vorzuschreiben. Auch hier muß die Staffelung der Darlehensgebung nach dem Beispiel der obigen Gebühren-Verteilung bemessen werden. Auf keinen Fall dürfte die Summe des Darlehens den Jahresbetrag einer Telefongebühren-Rate übersteigen.

Es empfiehlt sich vielleicht, vorstehende Ausführungen als Grundlage einer Eingabe an den Hansabund zu benutzen zwecks Einreichung an die Nationalversammlung.

Einbruch. In der letzten Nacht versuchte eine Diebesbande in die Gebäude des Wiesbadener Wasserwerks an der Walluferstraße einzudringen, jedenfalls um dort einen großangelegten Diebstahl ins Werk zu setzen. In der Dienstwohnung Haus Nr. 2 durchschnitten die Einbrecher die Drähte der elektrischen Lichtanlage, um eine Beleuchtung der Räume zu verhindern. Durch die Wachsamkeit des Nachtwächters Beder wurden die Diebe jedoch bemerkt und vor Ausführung ihres Planes vertrieben.

Sonntagsheiligung. Die hiesige Polizeiverwaltung weist darauf hin, daß die Polizeiverordnungen über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom 5. Februar 1919 nebst Ausführungsvorschriften sofort in Kraft tritt und alle entgegenstehenden Vorschriften aufgehoben werden, insbesondere die Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 20. Juni 1892, Bestimmungen betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und alle etwa auf Grund des § 105 b Abs. 2 der Gewerbeordnung erlassenen statutarischen Bestimmungen. Alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten, sowie alle geräuschvollen Arbeiten in den Häusern und Betriebsstätten an den Sonn- und Feiertagen sind verboten.

Das Versorgungsamt in Frankfurt a. M. macht darauf aufmerksam, daß die vielfach beklagten Verzögerungen in der Bearbeitung von Versorgungsangelegenheiten nicht selten auf die mangelhafte Vorbereitung der Versorgungsanträge zurückzuführen sind, wodurch zeitraubende Rückfragen und Nachforschungen notwendig werden. Die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen tun daher gut, auf möglichst eingehende und erschöpfende Begründung ihrer Anträge unter Beifügung der notwendigen Unterlagen bedacht zu sein und sich erforderlichenfalls der Hilfe ihrer Organisationen oder der amtlichen Fürsorgestellen zu bedienen. Bei trotzdem eintretenden Verzögerungen ist zu berücksichtigen, daß das Versorgungsamt mit Anträgen überhäuft und trotz aller eifrigsten Mühewaltung nicht in der Lage ist, die vorhandenen Restbestände schneller, als es geschieht, aufzuarbeiten. Mit der in Aussicht stehenden Neuordnung der Versorgungsgeetze wird voraussichtlich eine bedeutende Vereinfachung und Beschleunigung des Geschäftsganges eintreten.

Wie sieht es mit unserer Kohlenversorgung aus? Die schlechte Kohlenversorgung im verflochtenen Winter wird für die kommende Zeit wohl kaum eine wesentliche Besserung erfahren. Es ist infolgedessen von äußerster Wichtigkeit, daß sämtliche Kohlenverbraucher sich über die Lage des Kohlenmarktes klar werden. Selbst der Eintritt wärmerer Witterung und damit der Wegfall des Hausbrandes wird keine allzu große Erleichterung in der Kohlenversorgung mit sich bringen, da möglichst frühzeitig wieder mit dem An sammeln von Hausbrandmengen begonnen werden muß, sodaß also nur ein kleiner Teil der Hausbrandversorgung der Industrie zugute kommt. Es ist daher eine unbedingte Notwendigkeit aller Haushaltungen, sich möglichst bald mit Brennstoffen, Holz und ähnlichem mehr einzudecken. Nur wenn dieser Hinweis beachtet wird, kann damit gerechnet werden, daß der nächste Winter sich etwas günstiger gestalten wird als der vergangene.

Der neue Regierungspräsident. Der zum Regierungspräsidenten in Wiesbaden ernannte Dr. M o m m stellte sich am 16. März den Oberbeamten der Regierung vor. Es ist demnach zu erwarten, daß der neue Herr seine Amtsgeschäfte bald antreten wird.

Kleine Chronik.

Ein „Leurer“ Toter. In einem Sarge, der auf dem Hamburger Güterbahnhof zum Transport aufgegeben worden war und wegen seiner Schwere verpackt worden war, wurde bei der amtlichen Öffnung statt einer Leiche ein großer Schatz von Gold- und Silberwaren

entdeckt. Der mit den Ausweispapieren und dem entsprechenden Totenschein versehenen Transportführer, der Trauerkleidung trug, war, als er die Öffnung des Sarges bemerkte, plötzlich spurlos verschwunden. Man vermutet, daß der Inhalt des Sarges die Beute von Einbrechern darstellt.

Die Schieberfische. In Augsburg ist die Augsturger Schleibhandelskette einer großen Schiebung mit Kerzen, Militärschuhen, Salzwasser usw. auf die Spur gekommen. Vorläufig sind vier Personen festgenommen worden. Es wurden Waren im Gesamtwert von 8 bis 9 Millionen beschlagnahmt.

In Magdeburg ist man bei der Eisenbahnwirtschaftlichen großen Unregelmäßigkeiten auf die Spur gekommen.

In Dortmund sind drei Beamte der Reichsberwerungsstelle verhaftet worden, die beschlagnahmte Waren weiter veräußert haben.

In Köln wurde die vielföpfige Schiebergesellschaft, die 700 Zentner der Stadt Köln gehörigen Weizen nach einem kargischen Städtchen verschleppten, verhaftet. Die Empfänger waren nach dem Volkschen Büro Oberstadtschreiber, Stadtschreiber und Stadtschreiber, alle Mitglieder der USPD.

Wien stirbt aus. In Wien ist vom 8. 2. bis 14. 2. eine erschreckende Verschärfung der Mordverhältnisse zwischen Todesfällen und Geburten eingetreten, indem 1032 Todesfällen 378 Lebendgeburten gegenüberstehen.

Holländische Milch. Wie der „Telgraaf“ aus dem Haag hört, beträgt die Milchmenge, die von Holland an Deutschland geliefert werden soll, 30 000 Liter täglich. Es ist beabsichtigt, diese Menge Anfang März auf 40 000 Liter zu erhöhen.

Anschlag. Aus Dresden wird gemeldet, als der sächsische Justizminister Harnisch gegen Mitternacht das Ministerialgebäude verließ, schlich sich ihm ein Mann nach, der in der Nähe des Hospitals fragte, ob er der Justizminister wäre. Als der Justizminister bejahte, schoß der Unbekannte auf ihn. Nur dem Umstande, daß sich der Minister schnell niederwarf, hat er es zu verdanken, daß er unverletzt blieb. Der Täter entkam in der Dunkelheit.

Heringsfegen. Die Heringsfegewärme stehen neuerdings in der Lübecker Bucht wieder wie eine Wand. Riesige Fänge wurden in den letzten Tagen von den Lübecker Fischern eingebracht. Häufig reichten die Boote nicht aus, um die Ernte an Land bringen zu können. Die Fische mußten deshalb solange im Meer bleiben, bis die Boote ihren Meeressiegen an Land gebracht hatten und für den neuen Transport wieder frei waren. Die Eisenbahn mußte mehrere Sonderzüge zur Beförderung der Fänge abfertigen. Die Einnahmen der Lübecker Fischereigenossenschaft werden für dieses Jahr bereits auf 16 bis 19 Millionen Mark geschätzt. Einen derartigen langandauernden Fang haben die Lübecker Fischer überhaupt noch nicht zu verzeichnen gehabt. — Öffentlich hat dieser Heringsfegen auch einen Einfluß auf die Preisgestaltung. D. Reb.

Explosion. Havas meldet aus Herning: Mehrere Arbeiter wärmten sich an einem Holzfeuer, das sie im Hofe eines halbzerstörten Gebäudes angezündet hatten. Einer der Arbeiter warf darauf ein Stück Holz in das Feuer, wodurch eine heftige Explosion hervorgerufen wurde. Zwei Arbeiter wurden getötet, drei verwundet. Man glaubt, daß das betreffende Stück Holz einen Explosivstoff verbergte.

Volkswirtschaftliches.

Die Welternie. Das „Internationale Ackerbau-Institut“, das sich in Rom befindet, gibt eben seinen neuesten Monatsbericht heraus, worin vor allem der Einkaufsmöglichkeit der Länder mit gegenwärtig niedriger Valuta gedacht wird. Der Zufall fügte es, daß ausnahmslos alle Länder, die Brotgetreide einführen müssen, ungesunde Valutaverhältnisse besitzen: das bedeutet für sie eine Erhöhung der Brotgetreidepreise schon im Einlagehafen um 12 bis 25 vom Hundert gegenüber den Dezemberpreisen. Dazu kommt, daß die Ausfuhrmenge der Vereinigten Staaten eher ab- als zugenommen hat. Obwohl die Weizenzeugung der Vereinigten Staaten im Verhältnis zum Vorjahre bedeutend stieg, wurden im letzten Halbjahr 1919 rund 9 Millionen Quarten weniger ausgeführt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Dabei waren die Weizenexporte bei den Erzeugern, Händlern und Mühlen im Januar 1920 um 37 Millionen Quarten größer als am 1. Januar 1919. Auch der Vorrat an Roggen ist 4 Millionen Quarten größer als 1918. Offenbar handelt es sich hier um eine künstliche Zurückhaltung von Seiten amerikanischer Großhändler. D. Schriftl. Im übrigen sind die Zahlen recht günstig, nachdem jetzt auch in Südamerika die Ernte abgeschlossen ist. Was Serbien betrifft, so hat Argentinien eine wahre Rekorderte zu verzeichnen. Die endgültige Ziffer dürfte kaum unter 2½ Millionen Quarten bleiben, eine Zahl, die das Durchschnittsmittel des letzten Jahrzehnts erheblich übersteigt, da sonst die Million nur selten erreicht wird; allerdings erklärt sich das durch erhöhten Anbau und die ausnehmend günstige Witterung in den Monaten zwischen Saat und Ernte. Hinsichtlich der Herbstsaat liegen von Nordamerika Nachrichten vor, die eine merkliche Verringerung der Anbaufläche erkennen lassen: das für Weizen bestimmte Anbaugelände beträgt nur 77 Prozent der vorjährigen Anbaufläche. Als gut werden in Europa die Ernteaussichten bezeichnet von Belgien, England, Irland, Italien und Italien; auch Britisch-Indien verzeichnet eine voraussichtlich gute Ernte; mittelmäßig der Ausfall in Ägypten sein, hingegen völlig schlecht in Algerien wegen der außerordentlichen Trockenheit während der letzten Monate.

Humoristisches.

Ignoranz. „Ein prächtiges Stück — die „Zuflügen Weiber von Windsor!“ — „Sagen Sie: was hat denn dieser Windsor noch geschrieben?“
Unnötig. „Warum lernst du denn nicht, Bengel?“ fragt der Vater sein faules Söhnchen. — „Weil der Lehrer sagte, wir müßten jetzt alle umlernen!“



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Scharfes Eck.



Leipzig, Baumesse, Raum 14/14a.

Kolales und Provinzielles.

Schierstein, den 18. März 1920.

Die Verteuerung des Verkehrs.

Die Geschäftswelt sieht noch unter dem Eindruck der erst vor kurzem durchgeführten hundertprozentigen Erhöhung der Fahrpreise auf den deutschen Eisenbahnen und schon wieder wird sie mit einer Gehevorlage überrascht, welche eine abermalige ungeheure Erhöhung der Speisepreise auf dem Gebiete des Post- und Telefonverkehrs bringen wird. Der Geheentwurf, welcher bereits per 1. 4. 1920 seine Gültigkeit erhalten soll, fordert den schärfsten Widerspruch von Industrie, Handel und Gewerbe heraus, da er in einer schmerzhaften Form Auflagen vorlegt, die der Mehrzahl der deutschen Geschäftsleute heute kaum mehr erschwänglich erscheinen.

Ohne weiteres soll zugegeben werden, daß die ungeheure Verkehrsbelastung des Post- und Telefonwesens einen Ausgleich in erhöhten Einnahmen finden muß. Ueber die Form dieses Ausgleichs muß aber in der Öffentlichkeit unbedingt Stellung genommen werden, damit nicht wieder ein Gehe zustande kommt, dessen Maßstäbe auf die Leistungsfähigkeit großer gewinnbringender Betriebe angelegt sind, während die Mehrzahl der Geschäfte heute in schwerer Sorge um ihre Existenzmöglichkeit ringt. Bereits bei den Steuergeboten ist man zur Ansicht gelangt, daß es nicht angeht, jedem Gewerbetreibenden ratenmäßig die gleiche Belastung aufzuerlegen. Es muß unterschieden werden zwischen solchen Betrieben, die sich ihre vollständige Versorgungsmöglichkeit erhalten haben und denjenigen Industrie- und Gewerbetreibenden, welche infolge des verlorenen Krieges ihre Tätigkeit nur unter Aufwendung höchster Arbeitskraft und geringster Verdienstmöglichkeit ausüben vermögen. Die gerechte Abwägung dieser Tatsache führt von selbst zu dem

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen, Frau

Henriette Ziwiwa Wwe.

sowie für die vielen Kranz- und Blumenspenden sagen wir Allen auf diesem Wege unseren innigsten Dank.

Familie Bauschmann.

Schierstein. 17. März 1920.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben, guten Vater, Schwiegervater und Grossvater, Herrn

Christian Kern

Schuhmachermeister

gestern abend 8 Uhr, nach kurzem, schwerem Leiden, im Alter von nahezu 70 Jahren, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag um 3 Uhr, vom Sterbehause, Fischergasse 2, aus statt.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Verkauf von Butter.

Freitag, den 19. März 1920

findet auf dem Rathause die Ausgabe von Butter statt und zwar:

Brotkartenbesitz 3 von 8 bis 9 Uhr	
" 1 " 9 " 10 "	
" 4 " 10 " 11 "	
" 2 " 11 " 12 "	

Es werden auf jedes Familienmitglied 100 Gramm Butter ausgegeben. 100 Gramm Butter kosten 3,50 M. Brotkartenbesitz der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltvorstandes versehen sein. Die Bezirke sind genau einzuhalten. Die Beträge abgezählt mitzubringen.

Betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Auf Grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung dürfen im Handelsgewerbe an Sonn- und Festtagen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter nicht beschäftigt werden. Die Polizeibehörde kann jedoch für 6 Sonntage eine Ausnahme zulassen.

Diese Ausnahme wird hiermit festgesetzt auf die letzten 3 Sonntage vor Weihnachten.

An diesen Tagen ist eine Beschäftigung bis zu 8 Stunden erlaubt, jedoch nicht während der Zeit des Hauptgottesdienstes und nicht über 6 Uhr abends hinaus.

Als Ausnahme auf Grund des § 105 Abs. c. der Gewerbeordnung hat der Herr Regierungspräsident im Schiffspeiditions-gewerbe widerrechtlich eine Beschäftigung bis zu 2 Stunden, bedingt durch den Schiffsverkehr, zugelassen. Mit dieser Bekanntmachung tritt die Verordnung über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5. 2. 19 nebst Ausführungsvorschriften sofort in Kraft und alle entgegenstehenden Vorschriften werden aufgehoben, insbesondere die Bekanntmachung des Herrn Regierungspräsidenten vom 20. Juni 1892, Bestimmungen betr. die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und alle etwa auf Grund des § 105b Abs. 2 der Gewerbeordnung erlassenen statistischen Bestimmungen.

Betr. Ausgabe von Schuhen.

Es sind 15 Paar Schuhe zu ermäßigten Preisen auszugeben.

Mit Rücksicht auf die äußerst geringe Menge wollen sich nur die Allerbedürftigsten bis Dienstag, den 23. ds. Mts., mittags, schriftlich unter Angabe der Größen-Nr. melden.

Betr. Kleinausgabe.

Die nächste Ausgabe von Kleie findet am Samstag, den 20. ds. Mts., von nachm. 1½-3 Uhr, im Rathaus-hofe statt. Die Zeit ist genau einzuhalten.

Betr. Fettausgabe.

Samstag, den 20. ds. Mts. findet die Ausgabe von Fett für Kranke gegen Vorlegung kreisärztlicher Ausweise von 8-9 Uhr auf Zimmer 4 im Rathaus-hofe statt. An werdende und stillende Mütter wird kein Fett verausgabt.

Schierstein, den 16. März 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Tüchtige

Maschinenschlosser

gesucht.

Rheinische Maschinenfabrik

Niederwalluf a. Rhein

F. Hartmann & Bender.

Perfer

und Teppiche jegl. Art
Reliefs, Silber, Bronze
und Kunstgegenstände.
Möbel, Altertümer, Gold
und Silber-Münzen laufe
zu höchsten Preisen.

Wiesbaden,

Friedrichstraße 55,

Telefon 1627.

Achtung!

Kaufe goldene Uhren, Brillanten,
Ringe, Ketten, Besteck, Leuchter,
Servise, auch Bruchgold, zu
Fabrikpreisen a. d. höchst. Preisen

Krasnoborski, Uhrmacher, Wiesbaden, Bleichstraße 28

Kaufe Altmaterial

Lumpen, geistlich, Wollumpen, Papier zum Einstampfen
und Zeitungen, Metall geg. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenestr. 18.

Telefon 1832.

Telefon 1832.

Wein-Etiketten,

reizende Neuheiten,
nach neuer Muster-Kollektion
empfiehlt

Druckerei W. Probst.

Lieferzeit 4-5 Tage.

Schmuck

In jeder Form und Menge
auch Zähne **kauft**

Brillanten

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden
Kirchgasse 70.

Uhren

Zur Konfirmation und Kommunion!

Silberne Herren- u. Damenuhren, Ringe, Kolliere,
Verketten, Armbänder in gr. Auswahl z. verkaufen.
Gleichzeitig empfehle mein reichhaltiges Lager in
Fingerringen, in 14 und 8 Karät. Gold.

Bitte beachten Sie meine Schaufenster

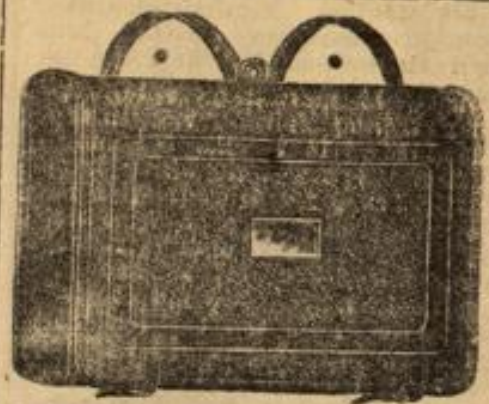
Krasnoborski, Goldwaren, Wiesbaden, Bleichstr. 28.

Zur Lieferung von Sekt-, Mosel-, Rheinwein-,
Cognak-, Burgunder- und Bordosflaschen

empfiehlt sich

M. M. W. Blumers,

Mainz, Erthalstraße 8.



Schuh- ranze

Größte Auswahl
Billigste Preise
Offertiert an
Spezialität.

U. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnensstr.

Ucker Weiden

27 Rt. 80 Sch. sofort billig
gegen Rasse zu verkaufen.
Näheres in der Geschäfts-
stelle.

Gegen

Ratten und Mäuse

erhalten Sie wirksam
erprobte Mittel wie:
Typhus-Bazillen,
Radikal, etc.
in der Drogerie

Nicolaus Schollmeyer,
Mainz, Augustinerstraße 39.

Alleinmädchen

selbständig im Kochen,
kleinen Privat-Haushalt
geübt. Lohn 80 M.

Biebrich a. Rh.

Rheingaustraße 17.
Vorzusprechen nur vormittags
oder schriftlich.

Tüchtiges Mädchen

per sofort od. 1. April
Biebricherstr. 18.

Privatmann

sucht eine
goldene Herrenuhr
aus Privat-hand zu kaufen.
Offerten unter A. M. 1
die Geschäftsstelle.

Erdal Schuhputz



Der Kenner
spricht,
wie angenehm
putzt sich der Schuh
mit Erdalcreme.

schwarz / gelb / braun / rotbraun.
Erdalcreme, Werner & Mertz, Mainz